

Wirtschaft für den Unterricht



Newsletter per E-Mail

Liebe Leserinnen und Leser, dies ist die **letzte gedruckte Ausgabe** des schul|bank-Newsletters. Künftig wird er zwar weiter in bewährter Form erscheinen – dann aber in Gestalt einer **Online-Ausgabe**, die Sie **als E-Mail abonnieren** können. Wenn Sie den schul|bank-Newsletter auch weiterhin beziehen möchten, nutzen Sie unsere **Anmeldemöglichkeit** unter **www.schulbank.de**. Wir freuen uns, Ihnen auch künftig Informationen für Ihren Wirtschaftsunterricht zur Verfügung stellen zu dürfen.

Die Redaktion

Geld

Digital- und Kryptowährungen S. 2

Tourismus

Reiseland Deutschland im Aufwind S. 3

Länderstudie

Spanien – gestärkt aus der Krise? S. 4

EU-Binnenmarkt

Einkaufen im Internet wird gerechter

Der Europäischen Kommission ist das sogenannte Geoblocking beim Internetshoppen schon seit längerem ein Dorn im Auge. Das Europaparlament hat nun verboten, dass Kunden im EU-Ausland anders behandelt werden als Inländer.

In der Europäischen Union soll das grenzüberschreitende Onlineshopping einfacher werden. Eine entsprechende Verordnung hat das Europäische Parlament jetzt verabschiedet. Damit soll vor allem das Geoblocking weitgehend aus dem Internethandel verbannt werden. Mithilfe dieses Verfahrens können Onlinehändler den Zugang zu bestimmten Bestellseiten verweigern, wenn die Kunden in einem anderen Staat wohnen oder im Ausland ausgestellte Kreditkarten benutzen. Oft werden sie dann automatisch auf Seiten in ihrem Land umgeleitet – wo die Preise möglicherweise höher sind. Davon profitieren vor allem die großen Onlineshops, die in den unterschiedlichen EU-Staaten unterschiedliche Preise anbieten. Betroffen sind insbesondere Verbraucher, die Haushaltswaren und Elektrogeräte im Internet kaufen wollen. Aber auch beim Buchen von Mietwagen und Hotels oder beim Kauf von Tickets aller Art gibt es immer wieder Beschwerden. Einer Untersuchung der EU-Kommission zufolge verwenden fast zwei Drittel aller Websites Geoblocking.

Künftig Angebot frei wählen

Künftig können Kunden beim Onlineshopping unabhängig von ihrem Wohnort das Angebot frei wählen. Auch sollen für Internetkunden im Ausland die gleichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten wie für ortsansässige Kunden. Dies gilt für den Kauf von Kleidung und Möbeln ebenso wie für Dienstleistungen. Auf die Neuregelung hatten sich Unterhändler des Parlaments und der 28 EU-Staaten vorab geeinigt. In Kraft treten sollen die neuen Vorschriften Ende des Jahres.

Kritisch bewertet wurde von Parlamentariern und Verbraucherschützern allerdings, dass urheberrechtlich geschützte Güter, beispielsweise Filme, Musik oder Bücher, von dieser Liberalisierung ausgenommen sind. Dasselbe gilt für elektronisch erbrachte Leistungen wie Cloud-Dienste oder die Bereitstellung von Firewalls. Für sie soll nach zwei Jahren geprüft werden, ob das Verbot des Geoblockings auf sie ausgeweitet wird. Davon losgelöst gibt es beim Kauf von Waren über das Internet weiterhin ein Hindernis: Die betroffenen Firmen im EU-Ausland haben keine Pflicht zur Lieferung. Wer also beispielsweise in Deutschland online ein Möbelstück aus Frankreich kauft, muss dieses gegebenenfalls selbst abholen oder die Lieferung über eine Spedition organisieren.

Geld

Digital- und Kryptowährungen

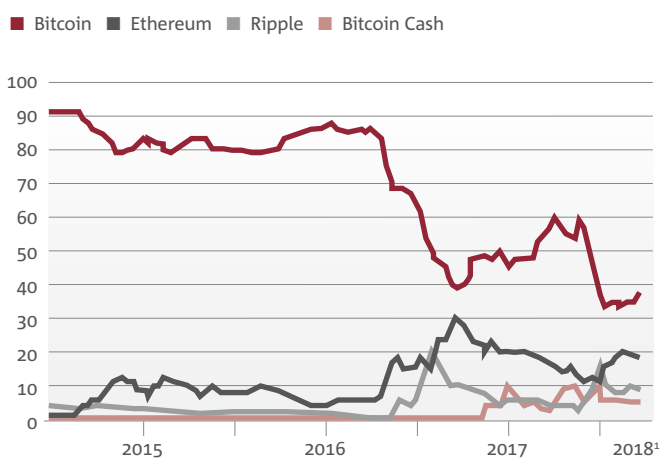
Ob Bitcoin, Ripple oder Ether – die Digitalwährungen sind gegenwärtig in aller Munde. Was verbirgt sich hinter dieser Art des Geldes?

Digitale Währungen sind Zahlungsmittel, die in Computern und im digitalen Netz existieren. Dort sind alle Transaktionen, die mit diesen Währungen jemals gemacht wurden, gespeichert – und zwar auf unzähligen Computern. Die Nutzer der Bitcoins beispielsweise bilden ein Netzwerk. Wer in diesem Netzwerk etwas mit Bitcoins kauft, der verlängert die Kette von gespeicherten Transaktionen um ein weiteres Glied und bestätigt damit gleichzeitig alle bisherigen Geschäfte. Das Verfahren nennt sich Blockchain – eine digital gespeicherte, stetig wachsende Kette von Transaktionen, die vor Manipulationen sicher sein muss. Deswegen ist sie stark verschlüsselt, also kryptographisch gesichert. Dies brachte diesen digitalen Währungen auch den Namen „Kryptowährungen“ ein. Es gibt allerdings auch digitale Währungen, die nicht auf der Blockchain basieren.

Hohe Kursausschläge

Der Bitcoin ist die erste und prominenteste der digitalen Währungen; aktuell gibt es aber rund 1.500 verschiedene mit einer Marktkapitalisierung von geschätzt 460 Milliarden US-Dollar. Prominente Beispiele neben Bitcoin sind Ether und Ripple. Die

Befürworter der Kryptowährungen heben die demokratische Form des neuen Geldes hervor: Alle Nutzer seien am Austausch und an der Kontrolle des Systems beteiligt; es gebe keine übergeordneten (staatlichen) Instanzen. Viele Experten hingegen kritisieren, dass hinter den digitalen Währungen kein realer Wert stehe. Die extremen Kursausschläge bergen die Gefahr des Totalverlustes, warnen etwa die Deutsche Bundesbank und die Finanzaufsicht. Bitcoins funktionieren aber auch wegen der hohen Transaktionskosten nur schlecht als Zahlungsmittel.

Marktanteile von Kryptowährungen**Weltweit in Prozent**

1) Stand 19. Februar; Quellen: conmarketcap.com.

4,9 Mio.

Aktien – das sind 540.000 mehr Menschen als 2016. Seit dem Jahr 2003 konnte das Aktieninstitut keine solch hohe

Deutsche im Alter ab 14 Jahren besaßen nach Angaben des Deutschen Aktieninstituts (DAI) Ende 2017

Zahl mehr ausweisen. Nur im Jahr 2000 und 2001 lagen die Zahlen deutlich höher, bevor das Platzen der Internetblase an den Börsen den Deutschen die Lust auf Aktien verleidete. Auch die Zahl der Besitzer von Aktienfonds und Mischfonds erhöhte sich nach Angaben des Aktieninstituts kräftig auf gut 7 Millionen.

Lektüre-Tipp:**Thomas Steinfeld: Herr der Gespenster. Die Gedanken des Karl Marx**

Carl Hanser Verlag, München 2017, 288 Seiten, 24,00 EUR

Anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx im Mai dieses Jahres sind verschiedene Bücher auf den Markt gekommen, die sich mit Leben und Werk des berühmten Ökonomen eingehender beschäftigen. Eines dieser Bücher hat Thomas Steinfeld geschrieben, der als Kulturkorrespondent in Italien für die „Süddeutsche Zeitung“ arbeitet. In seinem Buch „Herr der Gespenster“ ist Steinfeld tief in die Marx'sche Ideenwelt

eingetaucht und hat dessen Gedanken daraufhin untersucht, inwieweit sie Relevanz für die Gegenwart haben und zur Analyse des heutigen Wirtschaftssystems taugen. Dass sie diese Relevanz haben, zeigt der Autor in Form kurzer, prägnanter Essays, die äußerst lesenswert sind. Gerade die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, die Marx in seinem Werk beschreibt, werden von Steinfeld aufgegriffen.

Finanzmärkte im Blick

Angst vor einem Handelskrieg

Seit der Dax im April 2017 erstmals die 12.000-Punkte überschritten hat, ist er dreimal unter diese Marke gefallen. Im August und im Februar eroberte er sie aber nach nur einem Tag zurück. Nach dem jüngsten Kursrückgang hingegen sehen verschiedene Analysten den deutschen Leitindex künftig eher häufiger unterhalb der 12.000er-Markierung. Grund: Die Unsicherheit an den Märkten ist inzwischen mit Händen zu greifen. Insbesondere die Angst vor einem Handelskrieg zwischen den USA und China machte Börsianern Angst und ließ den Dax Ende März auf den niedrigsten Stand seit über einem Jahr fallen. Gegenüber dem noch im Januar erreichten Allzeithoch von 13.597 Punkten war das ein Minus von mehr als 14 Prozent. Und auch die Kurse an der Wall Street gingen auf Tauchstation. Trotz Wirtschaftswachstums und steigender Unternehmensgewinne in den USA agierten die Anleger nervös, vor allem vor dem Hintergrund einer nun schon neun Jahre anhaltenden Börsenhausse. Die Gefahr, dass der eskalierende Handelsstreit zwischen den USA und China die Weltkonjunktur und damit zugleich die

Gewinne der Unternehmen belastet, sehen auch Ökonomen. Dabei würde die größte Gefahr nicht unbedingt von den angekündigten Importzöllen in Höhe von 60 Milliarden Dollar für Waren aus China ausgehen, sondern von etwaigen chinesischen Gegenmaßnahmen. Die chinesische Regierung hatte zwar zunächst nur moderate Zölle auf US-Produkte angekündigt. Das Handelsministerium in China betonte aber auch, dass China keine Angst vor einem Handelskrieg habe. Derweil hat die Leitzinserhöhung in den USA auf eine Spanne zwischen 1,50 bis 1,75 Prozent für keine große Aufregung an den Märkten gesorgt – sie war erwartet worden. Spannender waren die Äußerungen des neuen Notenbankpräsidenten Powell zur Lage der amerikanischen Wirtschaft. Am Tag nach seiner Pressekonferenz gingen die Interpretationen allerdings auseinander. Ob er die amerikanische Geldpolitik stärker straffen wird als bisher erwartet oder doch eher in der Tradition seiner Vorgängerin Janet Yellen steht, die nur vorsichtig mit Leitzinserhöhungen agierte, müssen daher die nächsten Wochen und Monate zeigen.

»Die Unsicherheit an den Märkten ist inzwischen mit Händen zu greifen.«

Tourismus

Reiseland Deutschland im Aufwind

Als Reiseziel wird Deutschland immer populärer: 2017 gab es wieder einen Rekord an Besuchern, meldete das Statistische Bundesamt.

2017 machten 178 Millionen Reisende, die 459 Millionen Übernachtungen buchten, Urlaub in Deutschland – das ist ein Plus von 4 Prozent gegenüber 2016. Vor zehn Jahren wurden rund 100 Millionen Übernachtungen weniger registriert. Nicht nur Urlaub im eigenen Land ist beliebter geworden, auch die Übernachtungen ausländischer Gäste sind binnen zehn Jahren um mehr als ein Viertel auf fast 84 Millionen gestiegen. Die Hälfte der ausländischen Gäste kommt dabei aus nur sieben Ländern mit den Niederlanden an der Spitze. In der Gruppe der zehn wichtigsten Länder steht mit den USA nur ein nicht-europäisches. China ist inzwischen auf Platz elf vorgerückt; bis 2030 – so die Pläne der Reiseindustrie – soll das Land auf dem siebten Platz rangieren. Schon jetzt ist Deutschland für Chinesen das beliebteste Reiseziel in Europa. Gäste aus dem Reich der Mitte sorgten 2017 für 2,8 Millionen Übernachtungen. Die Zahl chinesischer Reisender wächst um 10 bis 20 Prozent jährlich.

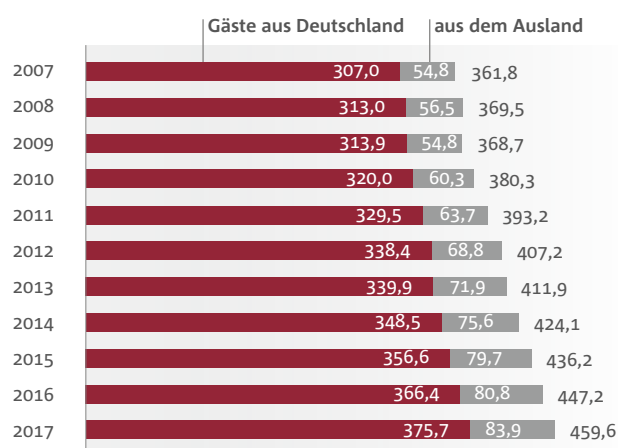
Weiteres Wachstum angestrebt

Vertreter der Reisebranche halten es für möglich, im Jahr 2030 insgesamt 121 Millionen Übernachtungen von Gästen aus dem

Ausland zu erreichen. Als Grund für den bisherigen Boom wird neben der politischen Unsicherheit in einigen klassischen Reiseländern die Attraktivität der Billigflieger genannt, die nicht nur Passagiere aus Deutschland heraus befördern, sondern zugleich auch viele Reisende hierher. Auch sei die Qualität von Angeboten in den vergangenen Jahren hierzulande deutlich gestiegen. Laut Welttourismusorganisation WTTC sorgt die Reisebranche in Deutschland für 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und rangiert damit vor dem Maschinenbau.

Reiseziel Deutschland

Übernachtungen in Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Im Fokus

Länderstudie

Spanien – gestärkt aus der Krise?

Nach der ökonomischen Talfahrt im Zuge der Finanzkrise wächst Spaniens Wirtschaft inzwischen schon im dritten Jahr in Folge, auch die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken. Ende gut, alles gut? Nicht ganz: Viele strukturelle Probleme des südeuropäischen Landes bleiben ungelöst.

Wie viele andere Länder auch rutschte Spanien nach Ausbruch der globalen Finanzmarktkrise Ende 2008 in die Rezession. Verschiedene Faktoren – u.a. die Immobilienblase und die hohe Zahl an faulen Krediten – führten allerdings dazu, dass der wirtschaftliche Abschwung besonders hartnäckig war und länger andauerte als in den meisten anderen europäischen Staaten. Inzwischen hat sich die spanische Wirtschaft wieder erholt; in den vergangenen drei Jahren ist das Bruttoinlandsprodukt um jeweils 3 Prozent gewachsen, auch 2018 wird das Wachstum wohl zwischen 2,5 und 3 Prozent liegen. Die Gründe: Der Tourismus boomt, die Bauwirtschaft zieht langsam wieder an, externe Faktoren (relativ günstige Erdölpreise, niedrige Zinsen) haben das Wachstum gestärkt – auch dürften sich Strukturreformen positiv ausgewirkt haben. Warum aber hat Spaniens Wirtschaft in den vergangenen Jahren so viele Federn gelassen? Und welche Herausforderungen müssen noch bewältigt werden?

Immobilienkrise

Neben den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise nach 2008 hatte Spanien vor allem an einer geplatzten Immobilienblase zu knabbern. Was war geschehen? Ende der 1990er Jahre hatte die damalige Regierung das Bodenrecht liberalisiert, sodass jede Gemeinde problemlos Agrarland zu Bauland umwidmen konnte. Dies war damals eine Art Startschuss: Private Haushalte kauften Zweitwohnungen auf Pump; Unternehmen stießen überdimensionierte Hotel- und Infrastrukturprojekte an; Banken und vor allem viele Sparkassen gaben die nötigen Darlehen. Ergebnis: Das Gesamtvolumen der Immobilienkredite vervielfachte sich.

Als dann 2008 die Wirtschaft zusammenbrach, wurden viele Spanier arbeitslos und konnten ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen. Plötzlich fielen selbst solche Kredite aus, die als sicher gegolten hatten. Insgesamt saßen Spaniens Banken Schätzungen zufolge auf Ramschkrediten in Höhe von 180 Milliarden Euro. Weil es der Regierung trotz aller Anstrengungen nicht gelang, das Problem in den Griff zu bekommen, beantragte sie Mitte 2012 Hilfen aus dem europäischen Rettungsschirm ESM für die Bankensanierung. Insgesamt bekam das Land 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, für die der spanische Staat haftete. Von diesem Geld rief Madrid in den folgenden Jahren rund 40 Milliarden Euro ab. Schon 2014 konnte Spanien einen ersten

Teil seiner EU-Hilfen zurückzahlen. Im Zuge der Krisenbewältigung kam es zur Verstaatlichung verschiedener Institute.

Inzwischen hat es im Bankensektor eine tiefgreifende Konsolidierung gegeben; die Anzahl fauler Kredite wurde deutlich reduziert, die Kapitalisierung der Banken ist besser geworden. Gleichwohl hat der Internationale Währungsfonds (IWF) Spanien im Juni 2017 empfohlen, sich besser gegen die nächste Krise zu wappnen. Trotz der jüngsten Fusionen gebe es noch Raum für Zusammenschlüsse und weitere Maßnahmen, um die Profitabilität im Finanzsektor zu steigern, so der IWF.

Staatsverschuldung

Nicht nur die private Verschuldung war in den letzten Jahren ein großes Thema, auch die staatliche ist zu einem solchen geworden. Inzwischen ist Spanien einer der am stärksten verschuldeten Staaten der EU. Das war in der Vergangenheit anders: Bis vor zehn Jahren galt Spanien noch als Vorbild für andere EU-Staaten. Die Staatsschulden betragen mit 400 Milliarden Euro nur knapp 36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Doch mit dem Ausbruch der Finanz- und Immobilienkrise rutschte der Staat tief in die roten Zahlen; fehlgeleitete Konjunkturprogramme verschlimmerten die Situation weiter. Was übrig blieb, waren ein riesiger Schuldenberg und ein Haushaltsdefizit von 11 Prozent gemessen am BIP.

Die Regierung Rajoy hat ab 2012 versucht, sich des Problems anzunehmen. Einige Reformen, vor allem des Arbeitsmarkts, bildeten die Grundlage für die konjunkturelle Wiederbelebung, die auch von der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank beflügelt wurde. Das jährliche Defizit konnte deutlich gesenkt werden. Dennoch: Die spanischen Staatsschulden sind nach wie vor ein drängendes Problem. Das Haushaltsdefizit war mit 4,7 Prozent des BIP 2016 das höchste der Europäischen Union. Die Staatsverschuldung, die Ende 2016 kurzzeitig unter die 100-Prozent-Marke fiel, ist wieder gestiegen. Die europäischen Maastricht-Kriterien erlauben maximal 60 Prozent, weshalb Brüssel ein Defizitverfahren gegen Madrid eingeleitet hat. Bis Ende 2018 soll die Regierung das Haushaltsdefizit unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts senken.

Arbeitsmarkt

Ein spanisches Spezifikum ist die traditionell hohe Arbeitslosigkeit im Land. Schon in Vorkrisenzeiten lag sie stets deutlich über dem EU-Schnitt; Anfang 2013 erreichte sie dann ein Rekordhoch von 26,9 Prozent. Mängel im Bildungssystem und verschiedene restriktive Regelungen im Arbeitsrecht waren mitverantwortlich dafür, dass so viele Menschen ohne Arbeit waren. Immerhin: Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit auf unter 17 Prozent gefallen; in den vergangenen drei Jahren sind 1,5 Millionen neue Jobs ent-

Im Fokus

standen – ein Ergebnis auch der Arbeitsmarktreformen aus den letzten Jahren. Diese zielten darauf ab, flexiblere Verhältnisse zu schaffen. So müssen Löhne inzwischen nicht mehr auf Branchen- oder regionaler Ebene festgelegt, sondern können häufiger auch für nur ein Unternehmen verhandelt werden. Bei Krisen können Arbeitgeber die Löhne zeitweise senken, ohne dass Gewerkschaften oder Betriebsräte vorab zustimmen müssen. Zudem ist der Kündigungsschutz gelockert worden. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts hat allerdings auch zu einem Anstieg prekärer und in der Regel schlecht bezahlter Jobs geführt. Der Anteil der Zeitverträge ist zuletzt auf 27 Prozent gestiegen.

Dass die Arbeitslosigkeit auf gut 16 Prozent gesunken ist, hat obendrein auch mit der Abwanderung vieler Spanier und ehemaliger Zuwanderer zu tun, die zu Zeiten des Baubooms ins Land gekommen waren. Ohnehin bleibt ein Problem virulent: die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Laut spanischem Statistikamt lag sie im dritten Quartal 2017 bei knapp 36 Prozent, in einzelnen Regionen sogar bei über 60 Prozent. Zwar führen die Zahlen ein bisschen in die Irre, weil die meisten jungen Menschen unter 25 Jahren studieren; zum Teil tun sie dies allerdings auch notgedrungen. Hinzu kommt: Wenn die junge Generation tatsächlich arbeitet, dann häufig unter ihrer Qualifikation und mit schlechter Bezahlung. Befristete Arbeitsverträge sind bei jungen Spaniern fast dreimal häufiger als im OECD-Durchschnitt. Die Gründe für die hohe Jugendarbeitslosigkeit sind vielfältig. Als ein Hemmnis für Berufseinsteiger gilt, dass das spanische Bildungssystem vergleichsweise praxisfern ist; Jobanfänger bringen in der Regel wenig Arbeitserfahrung mit. Die schlechtesten Chancen haben Geringqualifizierte, aber auch Akademiker sind in Spanien überdurchschnittlich oft arbeitslos oder arbeiten unter ihrer Qualifikation.

Die Regierung ist sich dieser Probleme bewusst und hat bereits 2014 einen nationalen Aktionsplan aufgestellt. Durch verschiedene Maßnahmen ist die hohe Zahl der Schulabbrecher zuletzt leicht gesunken. Der Schlüssel für mehr qualifizierte und besser bezahlte Jobs liegt in der Ausbildung, wo Spanien im internationalen Vergleich ziemlich hinterherhinkt. Mit Hilfe einiger deutscher Bundesländer und Unternehmen soll das duale System der Berufsausbildung gefördert werden.

Spanische Wirtschaft/Unternehmen

Der Schlüssel für ein dauerhaft robustes Wachstum der spanischen Wirtschaft wiederum liegt in der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Hier gibt es Licht und Schatten. Zum einen ist Spaniens Wirtschaft so international wie nie und die Ausfuhren wachsen seit 2009 stetig. Die Iberer sind heute nach Deutschland der zweitgrößte Autofabrikant Europas. Ehemalige Baukonzerne wie ACS, die Mutter von Hochtief, sind verstärkt

im Dienstleistungsbereich tätig und betreiben wichtige Infrastrukturen weltweit. Hatten sich die Spanier früher wegen der sprachlichen und kulturellen Nähe vornehmlich auf Lateinamerika beschränkt, so spielen sie heute von den USA bis Australien ganz vorne mit.

Zum anderen aber gibt es neben einer ganzen Reihe von Großkonzernen vor allem Klein- und Kleinstunternehmen, darunter etliche Familienbetriebe, die in der Regel weniger weltoffen, weniger internationalisiert und vor allem weniger produktiv sind. Was fehlt, ist der Mittelstand: Firmen mit mehr als 50 Mitarbeitern, die auch das Auslandsgeschäft ins Auge fassen können. Die Regierung will die Entstehung solcher Unternehmen nun stärker fördern, etwa mit Maßnahmen zur Entbürokratisierung, steuerlichen Vergünstigungen, Exportförderung oder auch arbeitsrechtlichen Schritten. Der Staat versucht auch, mehr in die Grundlagenforschung zu investieren.

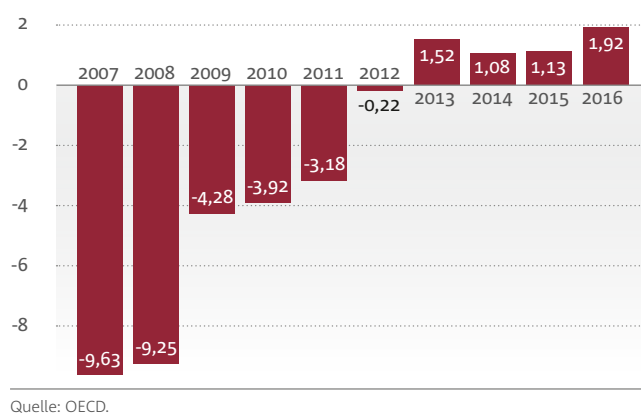
Tourismusboom

Erfreulich ist, dass Spanien seit 2013 regelmäßig einen Leistungsbilanzüberschuss erzielt (siehe Grafik). Dabei spielt der Tourismus eine wichtige Rolle, aber auch andere Dienstleistungen, die – neben dem ebenfalls steigenden Warenexport – ins Ausland verkauft werden: So ist das Land ausgesprochen stark bei internationalen Infrastrukturprojekten. Der Tourismus macht ungefähr die Hälfte der Dienstleistungsbilanz aus; er beschert dem Land Einnahmen von 119 Milliarden Euro im Jahr. Der Zuwachs in den letzten Jahren ist allerdings nicht nur ein Verdienst der spanischen Hoteliers und Gastronomen. Die Krisen von wichtigen Konkurrenten wie Ägypten, Tunesien oder der Türkei haben viele Urlauber auf die Iberische Halbinsel getrieben. Egal ob der Tourismusboom anhält oder nicht – auf ihn allein kann sich die spanische Regierung nicht verlassen.

Erfreuliche Trendwende

Seit 2013 erzielt Spanien einen Leistungsbilanzüberschuss

Wert der Leistungsbilanz in % des jährlichen BIP



Sparen

Viele Deutsche ohne Ersparnisse

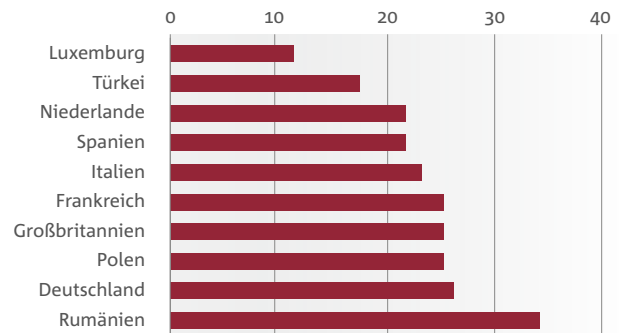
Überraschende Umfrageergebnisse: In Deutschland, dem Land der Sparer, gibt mehr als ein Viertel der Menschen an, über keinerlei Ersparnisse zu verfügen.

Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos im Auftrag der Direktbank ING Diba, für die mehr als 14.000 Menschen aus 13 europäischen Ländern sowie Australien und den USA befragt wurden, hat Überraschendes zutage gebracht: In Deutschland geben 27 Prozent der Menschen an, derzeit über keine finanziellen Rücklagen zu verfügen, mehr als in allen anderen europäischen Ländern – außer Rumänien. Die wenigsten Menschen ohne Ersparnisse gibt es der Umfrage zufolge in Luxemburg (12 Prozent), gefolgt von der Türkei, der Tschechischen Republik und den Niederlanden. Die meisten europäischen Länder liegen zwischen 20 und 25 Prozent. Innerhalb

Deutschlands ergaben sich Unterschiede je nach Bundesland. Die meisten Menschen ohne Ersparnisse gab es demnach in Thüringen (44 Prozent), am wenigsten in Hamburg (14 Prozent).

Ein Viertel hat nichts gespart

Anteil der Haushalte ohne Ersparnisse, in %



Quelle: ING International Survey, 2017.

Ökonomische Bildung

SCHUL/BANKER: Finalteilnehmer kommen nach Berlin

Die 20 Schüler-Teams, die sich in der Vorrunde für das Finale von SCHUL/BANKER, dem Bankenplanspiel des Bankenverbandes, qualifizieren konnten, stehen fest. Am 21./22. April 2018 treten sie in Berlin gegeneinander an.

Was macht eigentlich der Vorstand einer Bank? Das durften Schulklassen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in drei Monaten und sechs Spielrunden einfach nachspielen. Für die erfolgreichsten SCHUL/BANKER aus 20 deutschen Schulen beginnt jetzt der Endspurt: Sie haben sich für das große Finale des Schülerwettbewerbs qualifiziert, das der Bankenverband am 21./22. April 2018 in Berlin bereits zum 20. Mal ausrichtet. Die Gewinner werden am 23. April 2018 in einer festlichen Preisverleihung geehrt und dürfen sich auf Geldpreise in Höhe von 4.000, 3.000 und 2.000 Euro für ihre Schulen sowie Sachpreise für jedes Teammitglied freuen. Mehr Informationen zu dem jährlich stattfindenden Wettbewerb SCHUL/BANKER finden Sie auf unseren Internetseiten bankenverband.de und schulbanker.de. Mit dem Planspiel will der Bankenverband einen Beitrag zur ökonomischen Bildung an Schulen leisten und das Interesse der Jugendlichen an Wirtschaftsthemen wecken.

Finale 2018 – die zwanzig besten Teams

Schule	Ort	Team
Friedrich-List-Schule	Mannheim (BW)	Global Bank
Maria von Linden-Gymnasium	Calw (BW)	EasyBank
Gymnasium Donauwörth	Donauwörth (BY)	Langbank
Gymnasium Eschenbach	Eschenbach (BY)	EasyBanking
Johannes-Scharrer-Gymnasium	Nürnberg (BY)	Levin Brothers
Luisenburg-Gymnasium Wunsiedel	Wunsiedel (BY)	Die ArgentumBank
Georg-Mendheim-Oberstufenzentrum	Oranienburg (BB)	Corruption Bank
Wilhelm-Olbers-Schule Bremen	Bremen	Hemelinger
Heisenberg-Gymnasium Hamburg	Hamburg	DiBaFiDi
Ursulinenschule Fritzlar	Fritzlar (HE)	Deutsche Privat- und Firmenbank
Artland Gymnasium Quakenbrück	Quakenbrück (NI)	JAMM-Bank
Gymnasium Lohne	Lohne (NI)	L23
Friedrich-List-Berufskolleg	Herford (NRW)	FLB-Goodbank
Hubertus-Schwartz-Berufskolleg	Soest (NRW)	AfB & Co. KG
Christian-Erbach-Realschule plus	Gau-Algesheim (RP)	Powerbank
Berufliches Schulzentrum Wurzen	Wurzen (SN)	LFG Bank
Gymnasium Markneukirchen	Markneukirchen (SN)	bank for financial facts
Markgraf-Albrecht-Gymnasium	Osterburg (ST)	MagO-Bank
Kaiser-Karl-Schule	Itzehoe (SH)	Itzeventure
Klaus-Groth-Schule Tornesch	Tornesch (SH)	NORTH-GERMAN-BANK-COOPERATION



Impressum | Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin | Verantwortlich: Oliver Santen
 Redaktion: Dr. Henrik Meyer, Annette Matthies-Zeiß (Assistenz), Telefon +49 30 1663-1293, schulbank@bdb.de, schulbank.de
 Druck: Druckstudio GmbH, Professor-Oehler-Straße 10-11, 40589 Düsseldorf | Gestaltung: KD1 Designagentur, Köln